



**Landesarbeitsgemeinschaft
für kath. Erwachsenenbildung
in Nordrhein-Westfalen e. V.**

LAG KEB - Postfach 18 01 70 - 50504 Köln

An den Vorsitzenden des
Hauptausschusses im Landtag
Nordrhein-Westfalen
Herrn Reinhard Grätz MdL

40002 Düsseldorf

Geschäftsstelle:

Breite Straße 108 · 50667 Köln
Postfach 18 01 70 · 50504 Köln
Telefon (02 21) 2 58 12 71
Telefax (02 21) 25 67 63

Postbank Köln
(BLZ 370 100 50) Konto-Nr. 1263 50-504
Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00) Konto-Nr. 1 076 900



8. September 1994 N/sc

Sehr geehrter, lieber Herr Grätz,

die Landeszentrale für politische Bildung hat u. a. unserem Mitglied, Franz-Hitze-Haus, mit Schreiben vom 13. 6. 1994 mitgeteilt, daß der Landeszentrale für den laufenden Haushalt im Ermessenstitel keine Mittel mehr zur Verfügung stehen und deshalb für 1994 keine Landeszuwendung zur politischen Bildungsarbeit gewährt werden kann. Dies wird auch für 1995 in Aussicht gestellt.

Wir haben in dieser Angelegenheit Herrn Ministerpräsident Rau angeschrieben und ihn gebeten, diese aus unserer Sicht strukturell völlig verfehlt Entscheidung zur Landesförderung der politischen Bildung verhindern zu helfen.

Sie gefährdet aus unserer Sicht das bewährte pluralistische Angebotsspektrum und die Einbindung der politischen Bildung in die Weiterbildung.

Darüber hinaus liegt uns ein umfassendes aufgearbeitetes Ergebnis einer Umfrage zur politischen Bildung in katholischer Trägerschaft in Nordrhein-Westfalen vor. Wir legen die Ergebnisse in der Anlage bei.

Wir könnten uns vorstellen, daß dies auch einmal Gegenstand einer Beratung der Arbeitsgruppe "Politische Bildung" des Landtags sein könnte. Dazu, wie zu anderen Gesprächen, stehen wir gerne zur Verfügung.

In der Hoffnung, auch Ihren Einsatz für eine Initiative bei den Haushaltsberatungen '95 zur Förderung der politischen Bildung zu gewinnen, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Erwin Müller-Ruckwitt

Erwin Müller-Ruckwitt
Vorsitzender

Johannes K. Rücker

Johannes K. Rücker
Vorsitzender der Arbeits-
gruppe "Politische Bildung"

Anlage

POLITISCHE BILDUNG IN KATHOLISCHER TRÄGERSCHAFT IN NRW

Ergebnisse einer Umfrage der LAG NW

Für die politische Bildung in der demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist ein spezifischer Beitrag auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen unverzichtbar. Unbestreitbar ist auch, daß der politischen Bildung im Gesamt der Erwachsenenbildung ein hoher Stellenwert beigemessen werden muß - wenngleich dies in den Programmen der Erwachsenenbildungsträger keinesfalls immer deutlich zum Ausdruck kommt. Denn der demokratische Staat und die ihn tragende freiheitliche Gesellschaft sind notwendig auf politisches Engagement und politisch-soziale Kompetenz der Bürger angewiesen.

Nach christlichem Verständnis ist der Mensch um seiner materiellen wie geistigen Existenz willen auf die Gesellschaft und den Staat angewiesen. Er ist seiner Natur nach Individuum und soziales Wesen zugleich. Daraus ergeben sich die grundlegenden Ziele der politischen Bildung:

- Die soziale Verbundenheit und Verpflichtung des Menschen bewußt zu machen.
- die personale Entfaltung des Menschen in der Gesellschaft, seine Identität, Würde und Selbstbestimmung innerhalb sozialer und politischer Strukturen zu fördern.
- die Vermittlung von Kenntnissen über Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, die eine eigene Urteilsbildung über politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen und die zur Wahrung der eigenen Rechte und ebenso zur Wahrnehmung von Pflichten und Verantwortlichkeiten des einzelnen gegenüber Gesellschaft und Staat befähigen.

Mit anderen Worten: Politische Bildung muß darum bemüht sein, einen Beitrag zu einem umfassenden politischen Sozialisationsprozeß zu leisten. Das ist eine Daueraufgabe für die Erwachsenenbildung, denn politische Bildung kann - wie jede andere Bildung auch - nur langfristig angelegt zu einer Erweiterung und Vertiefung von Kenntnissen, zur Überprüfung von Einstellungen und Haltungen sowie zur Ermutigung zu verantwortlichem Handeln führen.

Ein eigenständiger Beitrag politischer Bildung in katholischer Trägerschaft ergibt sich aus den Grundpositionen der katholischen Soziallehre: Christen sind verpflichtet, ihren spezifischen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Menschen nach den Prinzipien der Personalität, Subsidiarität, Solidarität und des Gemeinwohls zu leisten. Nach dem Selbstverständnis der Soziallehre der Kirche und aufgrund der Aussagen in ihren Dokumenten wird die Eigengesetzlichkeit des Politischen betont. Daraus leitet sich auch eine Eigenständigkeit der politischen Bildung und letztendlich ein innerkirchlicher Pluralismus des Politischen innerhalb der Kirche ab, der auch in verschiedenen Trägern der politischen Bildung in katholischer Trägerschaft zum Ausdruck kommt.

Schwerpunktmäßig wird politische Bildung in den nordrheinwestfälischen Bistümern in den Sozialen Seminaren, in den Bildungseinrichtungen der katholischen Sozialverbände (Kolping, KAB) sowie in der katholisch-sozialen Akademien und Instituten geleistet. Politische Bildung hat notwendigerweise aber auch ihren Stellenwert im Gesamtangebot der übrigen Einrichtungen der katholischen Erwachsenenbildung (Familienbildungstätten, Bildungswerken, Heimvolkshochschulen, Diözesanbildungswerke).

Aufgrund der christlichen Auffassung von Menschen und Gesellschaft ist die Motivation zur politischen Bildung in katholischer Trägerschaft geprägt von der Erfüllung des Gebots der Nächstenliebe, das sich insbesondere den Armen, den Benachteiligten und den durch soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungen in ihrer Würde bedrohten Menschen zuwendet.

Die Transzendenz christlichen Glaubens, die von der endgültigen Vollendung der Welt in Gott durch Jesus Christus weiß, kann dazu beitragen, alle Bemühungen um eine höchstmögliche weltimmanente Vollendung der menschlichen Gesellschaft kritisch zu begleiten und zu reflektieren. Das Streben nach gerechteren politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen ist aus christlicher Sicht kein Selbst- und Endzweck von Politik und damit von politischer Bildung, sondern ist eingebettet in den Heilsplan

Heilsplan Gottes. Das christliche Spezifikum in der politischen Bildung wendet sich daher gegen jede institutionelle oder ideologische Absolutierung des Politischen, die gerade im 20. Jahrhundert unermessliches Leid für Millionen von Menschen mit sich gebracht hat.

Politische Bildung kommt nicht ohne die Vermittlung solider Sachkenntnisse über Institutionen und Zusammenhänge aus. Das bedeutet nicht, daß es dabei lediglich um "Institutionenkunde" geht. Wichtig ist auch die Diskussion von Wertvorstellungen und politischer Kultur, die im Zusammenhang mit politischen Entscheidungsprozessen zu sehen sind. Dazu gehört:

- die Vermittlung demokratischer Grundwerte (die sich aus dem spezifischen Menschenbild des Grundgesetzes und den daraus abzuleitenden elementaren Rechts- und moralischen Normen ergeben)
- die Weckung und Förderung des Bewußtseins für einen Konsens in diesen Grundwerten, ohne den eine plurale Gesellschaft auf Dauer nicht existieren kann,
- der Abbau von Vorurteilen sowie die Förderung der Erkenntnis, daß zur lebendigen Demokratie das offene Austragen von Konflikten wie auch das Bemühen um politische und soziale Verständigung - zumeist auf dem Weg des Kompromisses - gehören. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer dialogorientierten Gesprächs- und Streitkultur sowie die Befähigung zur sachgerechten Interessenartikulation.

Zu den grundlegenden Elementen politischer Bildung gehört daher nicht nur das Aufgreifen aktueller Probleme und Entwicklungen sowie die Analyse ihrer Ursachen, sondern zugleich auch die Beschäftigung mit politischen Grundsatzfragen sowie die Diskussion möglicher Zukunftsperspektiven. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, von einem breit angelegten Politikverständnis auszugehen. Entsprechend vielfältig können Ziele, Inhalte und Methoden politischer Bildung sein. Ferner kommt es darauf an, politische Bildung nicht als isolierten Bereich im Gesamtspektrum der Erwachsenenbildung zu betrachten, sondern auf die enge Verbindung bzw. Überschneidung z.B. mit beruflicher und allgemeiner Bildung zu verweisen.

Häufig wird heute davon gesprochen, daß politische Bildung - im Zusammenhang mit zunehmenden Individualisierungstendenzen und allgemeiner Politik- (oder eher Parteien-)verdrossenheit in die Krise geraten sei. Manche Politiker werfen den Trägern der politischen Bildung auch vor, angesichts aktueller Verwerfungen in der Gesellschaft (Beispiel: Ausländerfeindlichkeit, zunehmende Gewaltbereitschaft) vor, daß die politische Bildung versagt habe.

Der Vorstand der LAG hat daher vor diesem Hintergrund den Beschluß gefaßt, das Thema Politische Bildung auf der Mitgliederversammlung der LAG im Dezember 1993 zu erörtern. Zur Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die bei den Mitgliedseinrichtungen der LAG eine Umfrage zu Stellenwert und Situation der politischen Bildung im Frühjahr/Sommer 1993 durchgeführt hat.

Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in diesem Bericht dokumentiert.

In einer globalen Wertung kann festgestellt werden, daß zumindest im Bereich der katholischen Träger im Hinblick auf Stellenwert, Umfang und thematische Schwerpunkte nicht pauschal von einer Krise der politischen Bildung die Rede sein kann. Bedeutsam ist auch die Feststellung, daß über die "klassischen Träger" der politischen bzw. katholisch-sozialen Bildungsarbeit hinaus auch in anderen Einrichtungen - teilweise in anderen Sachbereichen als der SB 4 (politische Bildung) des Weiterbildungsgesetzes NW sehr wohl Bildung stattfindet, die auch politische Relevanz hat.

Ein Beleg dafür, welcher Stellenwert seitens der Verantwortlichen der politischen Bildung in katholischer Trägerschaft - unabhängig vom Umfang der geplanten und tatsächlich durchgeführten Veranstaltungen - beigemessen wird, mag der Tatsache entnommen werden können, daß von den 124 Mitgliedseinrichtungen der LAG (Heimvolkshochschulen und Akademien, Familienbildungsstätten, regionale und diözesane Bildungswerke sowie Bildungswerke der Verbände) 88 den Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt haben. Das ist ein außerordentlich hoher Rücklauf von 71 %.

Faßt man die wichtigsten Aussagen der Umfrage zusammen, so ergibt sich (bezogen auf das Erhebungsjahr 1992) folgendes Bild:

Umfang der politischen Bildung

Im Sachbereich 4 (politische Bildung) des Weiterbildungsgesetzes NRW wurden nach Angaben der Einrichtungen insgesamt 36.968 Unterrichtsstunden und fast 122.000 Teilnehmertage durchgeführt. Bei den Unterrichtsstunden sind das - gemessen am Gesamtvolumen - nur etwas mehr als 3%. Bei den Teilnehmertagen ist der Anteil der politischen Bildung jedoch immerhin rund 25% des Gesamtvolumens.

Teilnehmerzahlen

Im Bereich der Veranstaltungen der politischen Bildung nach Unterrichtsstunden wurden 187.000 Teilnehmer registriert (rund 1 % der Gesamtteilnehmerzahl).

Im Bereich der Veranstaltungen der politischen Bildung nach Teilnehmertagen wurden 47.600 Teilnehmer registriert (rund 25 % der Gesamtteilnehmerzahl).

Politische Bildung in katholischer Trägerschaft findet mithin in erster Linie weniger im Bereich von Einzelveranstaltungen (Vorträge) oder Arbeitsgemeinschaften statt, sondern in erster Linie in Bildungsveranstaltungen auf der Basis von Internatsveranstaltungen (Wochenenden oder Bildungsurlaub in Heimvolkshochschulen und Akademien).

Aufteilung des Volumens der politischen Bildung nach Institutionen

Nimmt man die Einteilung der Einrichtungen nach Heimvolkshochschulen, Bildungswerken usw. vor, zeigen sich deutlich unterschiedliche Ergebnisse:

Rund 39% der Unterrichtsstunden im Bereich der politischen Bildung wurde von Heimvolkshochschulen und Akademien und etwa 27% von den Bildungswerken der Verbände (z.B. Kolping, KAB) durchgeführt, während dieser Bereich bei den Familienbildungsstätten noch nicht einmal 1% erreicht. Auch bei den örtlichen und regionalen Bildungswerken wurden nur 2,5% der Unterrichtsstunden der politischen Bildung zugerechnet.

Bei den Teilnehmertagen erreicht der Anteil der politischen Bildung bei den Bildungswerken der Verbände mit 48% fast die Hälfte des Gesamtvolumens, bei den Heimvolkshochschulen und Akademien sind es fast 26%. Veranstaltungen auf Teilnehmertagebasis finden bei Familienbildungsstätten und örtlichen oder regionalen Bildungswerken nur in unbedeutendem Umfang statt.

Entwicklung des Umfangs der politischen Bildung

Befragt nach der Entwicklung des Umfangs der politischen Bildung in den Einrichtungen innerhalb der letzten fünf Jahre ergab sich folgendes Bild:

Von den 88 Rückmeldungen gaben 22 Einrichtungen an, ihr Angebot (geplante Veranstaltungen) sei größer geworden, 20 Einrichtungen meldeten einen Anstieg bei den durchgeführten Maßnahmen. Hingegen haben 7 Einrichtungen ihr Angebot (geplante Veranstaltungen) reduziert, 9 Einrichtungen haben einen Rückgang bei den durchgeführten Veranstaltungen zu verzeichnen. Die restlichen Einrichtungen gaben an, der Anteil politischer Bildung habe sich bei den geplanten und durchgeführten Maßnahmen im Volumen nicht verändert.

Anteile politischer Bildung in anderen Sachbereichen

Nach Selbsteinschätzung der Einrichtungen wurden in Sachbereichen außerhalb der politischen Bildung Maßnahmen durchgeführt, bei denen ein nennenswerter inhaltlicher Teil der politischen Bildung zuzurechnen wäre:

Familienbildungsstätten: Sachbereich 6 (Familienbildung) 17%; Sachbereich 7 (personenbezogene Bildung) 12%;

Bildungswerke: Sachbereich 6 (Familienbildung) 11%; Sachbereich 7 (personenbezogene Bildung) 16%;

Verbandliche Bildungswerke: Sachbereich 6 (Familienbildung) 30%; Sachbereich 7 (personenbezogene Bildung) 30%;

Heimvolkshochschulen und Akademien: Sachbereich 6 (Familienbildung) 33%; Sachbereich 7 (personenbezogene Bildung) 26%.

Rangfolge der Themenbereiche der Politischen Bildung

Aus einem umfangreichen Themenkatalog konnten die Einrichtungen Themengebiete der politischen Bildung angeben, die im Berichtsjahr 1992 in Veranstaltungen behandelt wurden. Danach ergab sich folgende Rangfolge (nach Häufigkeit der Nennungen):

Familienbildungsstätten:

1. Familie und gesellschaftlicher Wandel
2. Ökologie und Bewahrung der Schöpfung
3. Alte Menschen in der Gesellschaft
4. Gleichstellung von Mann und Frau
5. Kinderfreundliche Gesellschaft

Heimvolkshochschulen/ Akademien:

1. Ausländer- und Asylproblematik
2. Familie und gesellschaftlicher Wandel
3. Alte Menschen in der Gesellschaft
4. Verhältnis von Kirche und Gesellschaft
5. Christliche Gesellschaftslehre
6. Deutschland nach der staatlichen Einheit/ neue Bundesländer

Örtliche und regionale Bildungswerke:

1. Ökologie und Bewahrung der Schöpfung
2. Ausländer- und Asylproblematik
3. Neue Bundesländer (oft in Verbindung mit Studienfahrten)
4. Entwicklungspolitik

Verbandliche Bildungswerke:

1. Familie und gesellschaftlicher Wandel
2. Alte Menschen in der Gesellschaft
3. Deutschland nach der staatlichen Einheit/ neue Bundesländer
4. Europäische Integration /Binnenmarkt
5. Aktuelle wirtschaftspolitische Themen.

Neben einer durch die Umfrage vorgelegten "Bestandsaufnahme" der politischen Bildung in katholischer Trägerschaft im Land Nordrhein-Westfalen wird es für die Zukunft notwendig sein, auch im Blick auf die weitere gesamtgesellschaftliche Entwicklung danach zu fragen, wie politische Bildung in unseren Einrichtungen konzeptionell weiterentwickelt und welche Angebote der Mitarbeiterfortbildung auf diesem Gebiet unterbreitet werden sollten. Notwendig erscheint auch eine

umfassenden Begriff der politischen Bildung sowie eine tiefergehende Analyse der Inhalte, der Methodik und Didaktik der politischen Bildung in katholischer Trägerschaft sowie die Möglichkeiten des Austausches von Erfahrungen der für diesen Bereich zuständigen pädagogischen Mitarbeiter.

Münster, im August 1994

gez. Johannes K. Rücker

Leiter der Arbeitsgruppe "politische Bildung"